



Jahresbericht 2011

Schwerpunkte 2011

Publikationen

- ▶ TANGRAM Nr. 27 zum Thema «Politischer Diskurs»
- ▶ TANGRAM Nr. 28 zum Thema «Stadt – Land»
- ▶ Dritter Bericht des Beratungsnetzes für Rassismuskritiker: «Rassismuskritik in der Beratungspraxis, Januar – Dezember 2010»
- ▶ Stellungnahme «Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen? Beispiel einer gegen eine Minderheit gerichteten Debatte»
- ▶ Politische Agenda

Web

- ▶ Seit März 2011 ist die EKR in drei Sprachen auf Facebook und Twitter.
- ▶ Einrichtung einer *Subsite* «Manifest der vielfältigen Schweiz»: www.ekr.admin.ch/manifest

Sensibilisierung

- ▶ Kampagne «Fairplay im Wahlkampf»
- ▶ Konsolidierung des «Beratungsnetzes für Rassismuskritiker». Neue Mitglieder und Erarbeitung von Qualitätsstandards

Nationales/Internationales

- ▶ Jährliches Treffen mit den kantonalen Vertretern und den kommunalen und kantonalen Integrationsbeauftragten
- ▶ Kontakt und Zusammenarbeit mit dem neuen Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)
- ▶ Zusammenarbeit mit internationalen Gremien: Mit der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), mit dem *International Coordinating Committee (ICC)* der UNO und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
- ▶ Treffen mit den drei Vertretern der OSZE zur Förderung der Toleranz anlässlich ihres offiziellen Besuchs in der Schweiz sowie mit Vertretern minoritärer Religionsgemeinschaften

1 Kommentar zur Lage 2011

Im Wahljahr 2011 richtete sich ein Hauptaugenmerk der EKR auf die Parlamentswahlen und die im Vorfeld geführten Kampagnen der Parteien. Dazu gehört die Diskussion über die stärker gewordene Arbeitsmigration aus den EU- und EFTA-Staaten. Eine Wahlkampagne richtete sich gegen «Masseneinwanderung» und meinte damit die Zuwanderung aus EU/EFTA-Ländern. Allerdings finden hetzerische Aussagen gegenüber Staatsangehörigen der benachbarten europäischen Staaten, die unter dem Schutz der bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU stehen, bedeutend weniger Nährboden, als wenn die Angriffe auf Staatsangehörige von ausserhalb Europa zielen. Die SVP-Kampagne «Stopp Masseneinwanderung» fand in diesem Sinne keine Unterstützung durch die Wirtschaft. Auch enthielten sich die anderen Parteien im Wahljahr, auf diesen Werbewagen aufzuspringen und so die Diskussion weiter anzuzünden. Gleichwohl erhielt die EKR mehrere Zuschriften von Menschen, die sich durch diese Plakate und Zeitungsinserate diskriminiert fühlten – insbesondere von deutschen Migrantinnen und Migranten. Es ist sehr erfreulich, dass die Hetzkampagne nur wenig Echo auslöste. In der Wahrnehmung der Gesellschaft hat sich die gesetzliche Klassierung der Einwandernden in mehrheitlich «erwünschte» (Staatsangehörige der EU- und EFTA-Länder) und mehrheitlich «unerwünschte» (sogenannte Drittstaatenangehörige) auch festgesetzt. Die EKR hatte solche Auswirkungen dieses Dualen Systems bereits 2003 kritisch beleuchtet.

Gegen Diskriminierung und Rassismus im Wahlkampf rief die Kampagne «Fairplay im Wahlkampf» auf. Die Plattform von über vierzig Institutionen, Parteien, Nichtregierungsorganisationen und der EKR konnte viele amtierende Parlamentarierinnen und Parlamentarier und Kandidatinnen und Kandidaten für die Kampagne «Fairplay im Wahlkampf» gewinnen. Rund 5'000 Personen unterschrieben das Plädoyer für einen fairen Wahlkampf.

Im Berichtsjahr verschärfte sich die Debatte über Asylsuchende, und diese nahm auch rassistische Züge an. Hatte man im Winter 2011 auch in der Schweiz mit viel Enthusiasmus den sogenannten «Arabischen Frühling» mitverfolgt und den Mut der Demonstrierenden gepriesen, so wendete sich die öffentliche Einschätzung in dem Moment, wo Menschen aus diesen Ländern in der Schweiz in grösserer Zahl Schutz suchten. Die EKR will nicht verharmlosen, dass offenbar die Immigration aus Tunesien überwiegend durch Arbeitssuche bestimmt ist. Gemeinden, die «Asylsuchende à la carte» wünschen und Dorfbewohner, die seit Monaten ihre ganze Energie darauf verwenden, die Errichtung eines Wohnheims für Asylsuchende zu verhindern, geben jedoch zur Besorgnis Anlass. Was würde die Schweiz sagen, wenn man irgendwo spezifisch «keine Schweizer» wollte? Schutzsuchende und Flüchtlinge dürfen nicht zum Spielball asylpolitischer und föderalistischer Herausforderungen werden.

Auch wenn über die methodische Herangehensweise des «Migrant Integration Policy Index (MIPEX III)» diskutiert werden kann, zeigt der aktuelle, im Frühling publizierte Index auf, dass die Schweiz beim Diskriminierungsschutz grossen Aufholbedarf hat. Die Lücken in der schweizerischen Gesetzgebung im Diskriminierungsschutz sind nach wie vor gross. Zu hoffen bleibt, dass die neue Strategie des Bundesrates, den Diskriminierungsschutz neu als ein Element der Integrationsförderung zu stärken, ohne spezifische antidiskriminierungsgesetzliche Grundlagen zu schaffen, im Alltag von Menschen nicht Makulatur darstellt.

2 Interna

2.1 Mitglieder/Wahlen

Die EKR setzte sich 2011 wie folgt zusammen:

Präsident :

- **Kreis Georg**, Direktor des Europainstituts der Universität Basel

Vizepräsidentin :

- **Akkaya Gülcan**, Projektleiterin und Dozentin an der Fachhochschule für Soziale Arbeit, Luzern
- **Simkhovitch-Dreyfus Sabine**, Anwältin, Vertreterin des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes SIG

Expertinnen, Experten, Vertreterinnen, Vertreter von Organisationen und Vereinen

- **Achermann Alberto**, Vertreter der Schweizer Bischofskonferenz
- **Alleva Vania**, Vertreterin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB
- **Baltensperger Bettina**, Vertreterin des Schweizerischen Arbeitgeberverbands
- **Besson Samantha**, Professorin für Internationales und Europäisches Recht, Universität Freiburg
- **Fröhlicher-Stines Carmel**, Vertreterin des Carrefour de réflexion et d'action contre le racisme anti-noir CRAN
- **Huber Bruno**, Vertreter der Radgenossenschaft der Landstrasse
- **Joye Madeleine**, Journalistin
- **Lenzin Rifa'at**, Islamwissenschaftlerin
- **Mathwig Frank**, Vertreter des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK
- **Mona Marco**, Anwalt, Experte für Menschenrechtsfragen
- **Wicht Bernard**, Vertreter der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren EDK

- Ein Sitz ist nach dem Austritt von Hanspeter Gass, Vertreter der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren KKJPD vakant geblieben.

Der Präsident der EKR, Georg Kreis, sowie Samantha Besson, Carmel Fröhlicher-Stines, Vania Alleva, Alberto Achermann und Marco Mona haben auf Ende 2011 ihr Mandat als Mitglied der EKR niedergelegt.

2.2 Plenarsitzungen

Die Kommission trat 2011 zu fünf Plenarsitzungen zusammen:

- 24. Januar
- 24. März
- 9. und 10. Mai (Retraite)
- 14. September
- 16. November

2.3 Sitzungen des Präsidiums

Das Präsidium der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus traf sich 2011 zu sieben Sitzungen:

- 13. Januar
- 7. März
- 14. April
- 17. August
- 19. Oktober
- 7. Dezember
- 22. Dezember

2.4 Sekretariat

Das Sekretariat der EKR verfügt über insgesamt 290 Stellenprozent, die wie folgt aufgeteilt sind:

Doris Angst, Geschäftsführerin (80%)

Kathrin Buchmann, Juristin und stellvertretende Geschäftsführerin (80%)

Myriam Brühlhart-Khouadja, Kommunikationsbeauftragte (50%)

Joëlle Scacchi, Redaktorin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin (20%)

Eliane Baumann, Sekretärin, Sachbearbeiterin (60%)

Das Team wird regelmässig durch Praktikantinnen, Praktikanten und Lernende ergänzt.

2.5 Budget

Das Jahresbudget der EKR beträgt CHF 200'000.

3 Thematische Arbeit der Kommission

3.1 Arbeiten zur Rassismus-Strafnorm

Die Rassismus-Strafnorm, Artikel 261^{bis} des Strafgesetzbuches, hat sich als geeignetes Instrument erwiesen, um Straftaten zu erfassen, die aus rassistischen Motiven in der Öffentlichkeit begangen werden. Die in der Datenbank erfassten Entscheide und Urteile zeigen die Bandbreite der Fälle auf und bieten dem interessierten Publikum die Möglichkeit, gezielt nach Einzelfällen zu suchen. Juristischen Fachpersonen bietet die Datensammlung einen Überblick über den Stand der Rechtsprechungspraxis zu Artikel 261^{bis} StGB. Die Urteile sind nach Jahr, Kanton und Strafbestand geordnet.

Aus technischen Gründen konnten 2011 keine Entscheide in die Datenbank aufgenommen werden. Die Verfügungen und Urteile des Jahres 2010 sowie ausgewählte Entscheide internationaler Gerichte und Gremien werden 2012 in die Sammlung aufgenommen.

Urteilssammlung:

www.ekr.admin.ch/dienstleistungen/00169/index.html?lang=de

3.2 Antisemitismus

Die EKR betrachtet die Beobachtung des Antisemitismus als Daueraufgabe. Sie unterhält zu diesem Zweck regelmässige Kontakte mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund SIG, der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA, der Koordinationsstelle gegen Antisemitismus und Diffamierung CICAD und der Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus LICRA. In ihrer eigenen Beratungstätigkeit hat die EKR 2011 wenige Fälle von Antisemitismus erfasst. Diese wurden zum grössten Teil der CICAD oder dem SIG gemeldet. Trotzdem sind sich die Mitglieder der EKR bewusst, dass Antisemitismus ein immer wiederkehrendes Thema ist.

3.3 Islamfeindlichkeit

Weiterhin befasst sich die EKR auch mit antimuslimischen Tendenzen. Die Verunsicherung der Muslime als Folge der Abstimmung zum Minarettverbot bleibt bestehen, auch wenn sie weniger sichtbar ist. Die Medien schenken gegenwärtig fast nur den Veranstaltungen des Islamischen Zentralrates Schweiz Beachtung. Doch sobald Baugesuche für Moscheen eingereicht werden, bildet sich sehr rasch ein antimuslimischer Widerstand. Dies war beispielsweise der Fall beim Baugesuch für eine Moschee in Grenchen (SO), wo Gegner auf dem betreffenden Bauland Blut ausgossen und Schweinekadaver verteilten. Die Diskussion über das Kopftuchtragen hat sich in diesem Jahr hingegen eher etwas beruhigt.

Nach Abschluss der Konferenz zum Thema «Eine muslimische Dachorganisation in der Schweiz» im Oktober 2010 mit dem Ziel, die muslimischen Vereine auf politischer Ebene zu stärken, hatte die EKR den anwesenden Vertretern ihre Bereitschaft erklärt, die Organisation eines zweiten Treffens zur Weiterführung der Diskussion zu unterstützen, wurde diesbezüglich jedoch nicht mehr angefragt.

3.4 Rassismus gegenüber Schwarzen

Durch ihre Sichtbarkeit unterwirft die Hautfarbe die betroffenen Menschen einer ganz spezifischen Form des Rassismus. Er manifestiert sich in wenig respektvollen Bezeichnungen, Karikaturen oder Darstellungen in einigen Schulbüchern.

2011 wurden der EKR diskriminierende Praktiken von Seiten von Behörden, Schulen und insbesondere der Polizei gemeldet. Wie die EKR in ihren Empfehlungen an die Sicherheitsbehörden dargelegt hat, muss alles daran gesetzt werden, damit sich die Polizei nicht mehr länger auf ein *racial profiling* abstützt und die Hautfarbe zu einem Verdachtskriterium macht. Die Ombudsfrau der Stadt Zürich verfasste dazu im TANGRAM Nr. 26 einen Artikel und führte das Thema auch in ihrem Jahresbericht 2010 aus.

TANGRAM Nr. 26: <http://www.ekr.admin.ch/shop/00008/00075/index.html?lang=de>

Jahresbericht 2010, Mediation Zürich : http://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/portal/Deutsch/Ombudsstelle/Publikationen%20und%20Broschuren/Omb_JB_2010.pdf

3.5 Fahrende

Die Schweizer Jenischen/Fahrenden/Roma/Sinti machen in Bezug auf die Anerkennung ihrer Gemeinschaft und auf diskriminierende Praktiken unterschiedliche Erfahrungen. Die Jenischen sind zwar eine in der Schweiz anerkannte nationale Minderheit und ihre Rechte als Minderheit werden durch das Rahmenübereinkommen des Europarates geschützt, sie sehen sich in ihrer Lebensweise und in Bezug auf ihre kulturellen Bedürfnisse jedoch stark benachteiligt.

Im Berichtsjahr hat die EKR verschiedene Gespräche mit der «Radgenossenschaft der Landstrasse» und anderen Akteuren über das Problem der Standplätze sowie über die Schulsituation der Kinder von Fahrenden geführt. Im April 2011 beteiligte sich die Leiterin der EKR an der Vorbereitung und Durchführung der Tagung «40 Stand- und 80 Durchgangsplätze für die Fahrenden bis 2020 – unverschämte Forderung oder Mindestangebot an eine Minderheit?» der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» unter dem Patronat des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA, der Fachstelle für Rassismusbekämpfung und des Europarats.

3.6 Sensibilisierung von Politikerinnen und Politikern

2011 nahm die EKR mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Zusammenhang mit den 2010 veröffentlichten Empfehlungen in ihrer Studie «Recht gegen rassistische Diskriminierung» Kontakt auf. Die Empfehlungen der EKR wurden von Nationalrätin Katharina Prelic-Huber unterstützt. Sie reichte die parlamentarische Initiative 10.523 : «Gesetz über die Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung» ein.

Studie «Recht gegen rassistische Diskriminierung»:

<http://www.ekr.admin.ch/shop/00007/00073/index.html?lang=de>

Initiative 10.523 : Gesetz über die Bekämpfung rassistischer Diskriminierung:

http://www.parlament.ch/f/suche/pages/geschaefte.aspx?gesch_id=20100523

4 Publikationen / Forschung / Website

4.1 TANGRAM Nr. 27 «Politischer Diskurs»

In der 27. Ausgabe des TANGRAM befasst sich die EKR im Wahljahr mit rassistischer Diskriminierung im politischen Diskurs.

Wie Forschungsergebnisse zeigen, wird der öffentliche Raum heute von denjenigen politischen Kreisen auf subtile Weise genutzt, die gegenüber bestimmten Minderheiten ein generelles Misstrauen verbreiten und verstärken wollen. Die Abstimmungsresultate der letzten Zeit zu Status sowie Rechten und Pflichten der Ausländerinnen und Ausländer haben gezeigt, welchen Einfluss Worte und Bilder auf das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger haben können. Diese Mechanismen haben eine beunruhigende Banalisierung von Rassismus zur Folge. Die Interessenabwägung zwischen Meinungsfreiheit, direkter Demokratie und Menschenrechten ist somit unabdingbar.

Historiker, Journalisten, Forscher und weitere Fachleute erörtern in dieser TANGRAM-Ausgabe die Wechselbeziehung zwischen soziopolitischen Gepflogenheiten und rassistischer Diskriminierung.

TANGRAM Nr. 27: <http://www.ekr.admin.ch/shop/00008/00079/index.html?lang=de>

4.2 TANGRAM Nr. 28 «Stadt-Land»

Die Analyse der Abstimmungsresultate der letzten Jahre im Bereich Ausländerrechte und Migrationspolitik zeigt einige Unterschiede zwischen den Sprachregionen, aber auch zwischen Stadt und Land. Diese Ausgabe des TANGRAM widmet sich der Frage nach einem Graben zwischen Stadt und Land. Handelt es sich um einen Mythos, oder gibt es ihn wirklich? Wie lassen sich die Unterschiede bei den Abstimmungen erklären?

Die städtische Bevölkerung ist multikulturell. Die Menschen haben hier gelernt zusammenzuleben. In den ländlichen Gebieten haben die Bewohner weniger Kontakte mit Fremden und daher die Tendenz, ihre Identität zu schützen, indem sie sich auf Stereotype stützen. Aber es ist schwierig geworden, klare Grenzen zwischen Land, Stadt, Agglomeration und periurbanem Raum zu ziehen. Neben der territorialen Abgrenzung machen auch das gesellschaftliche, wirtschaftliche und berufliche Umfeld jedes Individuums die Entscheidungsmechanismen bei Abstimmungen extrem komplex.

TANGRAM Nr. 28: <http://www.ekr.admin.ch/shop/00008/00082/index.html?lang=de>

4.3 Studie Migration und Hochqualifizierte

Im Herbst 2011 lancierte die EKR zusammen mit dem Institut für Soziologie der Universität Basel eine Studie über die Arbeitsmarktsituation hochqualifizierter Zuwanderer – mit besonderem Schwerpunkt auf Zuwanderer aus nichteuropäischen Ländern. Erste Ergebnisse zeigen, dass Personen ausländischer Herkunft, die ihre gesamte Ausbildung in der Schweiz absolviert haben, auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, und zwar nicht nur gegenüber Schweizerinnen und Schweizern, sondern auch gegenüber ausländischen Personen, die ihre Ausbildung im Ausland absolviert haben und in der Schweiz eine Arbeit suchen. Die Studie wird im ersten Halbjahr 2012 publiziert.

4.4 Politische Agenda

Die «Politische Agenda» der EKR bietet einen benutzerfreundlichen Überblick über parlamentarische Interventionen zu Themen im Zusammenhang mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Einbürgerung und Integration. Sie wird nach jeder Session aktualisiert.

Politische Agenda: <http://www.ekr.admin.ch/dienstleistungen/00284/index.html?lang=de>

5 Stellungnahmen und Vernehmlassungen

- 5.1 Im Juni 2011 veröffentlichte die EKR eine Stellungnahme mit dem Titel « Ein Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen? – Beispiel einer gegen eine Minderheit gerichteten Debatte », die auch in den Medien aufgenommen wurde. Gestützt auf die Menschenrechte und zum Schutz vor Diskriminierung stellte sich die EKR gegen ein Kopftuchverbot für Schülerinnen. In der Folge vertrat die Geschäftsführerin der EKR diese Position auch vor der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF, die sich ihrerseits klar für ein Verbot des Kopftuches im schulischen Rahmen aussprach.

Stellungnahme « Ein Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen? – Beispiel einer gegen eine Minderheit gerichteten Debatte » :

<http://www.ekr.admin.ch/dokumentation/00143/index.html?lang=de>

- 5.2** Die EKR hat sich an der Ämterkonsultation des 3. Berichts der Schweiz über die Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten beteiligt.

Bericht :

http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/minorities/3_FCNMdocs/PDF_3rd_SR_Switzerland_de.pdf

(aufgeschaltet am 26.01.2012)

- 5.3** Die EKR hat sich an der Ämterkonsultation des Zwischenberichts zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention beteiligt.

6 Öffentlichkeitsarbeit / Kontakte

6.1 Medienmitteilungen

Im Berichtsjahr erschienene Medienmitteilungen im Überblick:

05.04.2011 : Handlungsbedarf für die Schweiz im Diskriminierungsschutz

20.06.2011 : Fälle von Anti-Schwarzen-Rassismus und Muslimfeindlichkeit nehmen zu:
Bericht 2010 zu Rassismusevorfällen in der Beratungspraxis

10.08.2011 : «Fair-play im Wahlkampf» setzt ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung,
Diffamierung und Rassismus im Wahlkampf

22.09.2011 : Zehn Jahre Weltkonferenz gegen Rassismus : Positive Impulse im Schatten
der Attentate vom 11. September 2001

21.10.2011 : Asylsuchende werden diskriminiert

Medienmitteilungen: <http://www.ekr.admin.ch/dokumentation/00144/index.html?lang=de>

6.2 Manifest der vielfältigen Schweiz

Das « Manifest der vielfältigen Schweiz » setzt sich zum Ziel, die Aufmerksamkeit auf die Vielfalt zu richten und möglichst viele Institutionen, Firmen, Verwaltungen, Schulen, Vereine, Organisationen, Parteien und sonstige Körperschaften zur Förderung der Vielfalt zu bewegen. Die Unterzeichnenden sind bereit, in zwei selbst bestimmten Sparten Projekte umzusetzen, die der Förderung und Akzeptanz der Vielfalt dienen. Die Ziele der Projekte sollen machbar, messbar und innerhalb von zwei Jahren umsetzbar sein. Die Projekte von 26 Teilnehmenden sind in den meisten Fällen abgeschlossen. Zum Manifest der vielfältigen Schweiz wurde eine *Subsite* mit einer Übersicht über die Projekte und ihre Entwicklung eingerichtet.

2011 hat sich die EKR mit der Kantonalen Fachstelle für Integration und Antidiskriminierung des Kantons Basel-Stadt und Radio X in Verbindung gesetzt, um weitere Unterzeichnende für das Manifest der vielfältigen Schweiz zu finden. Aus von der EKR unabhängigen Gründen musste das Basler Projekt vorläufig sistiert werden.

Subsite Manifest der vielfältigen Schweiz: <http://www.ekr.admin.ch/manifest/>

6.3 Kampagne «Fairplay im Wahlkampf»

Aus Anlass der eidgenössischen Wahlen hat sich die EKR zusammen mit verschiedenen NGOs an einer Plattform www.fairplay-wahlen.ch beteiligt, die sich für eine faire Politik ohne Diskriminierung und ohne Rassismus einsetzt. Über vierzig zivile, religiöse und politische Organisationen sowie zahlreiche Persönlichkeiten haben mitgemacht. Mit der Internetkampagne «Fairplay im Wahlkampf» haben sie die Bevölkerung dazu aufgerufen, ihre Stimme gegen Diskriminierung und Rassismus zu erheben. Dass sich so viele Organisationen und Persönlichkeiten an dieser Kampagne beteiligten, kann als grosser Erfolg gewertet werden. Hingegen war die geringe Zahl der Unterschriften enttäuschend. Das Ziel waren 50'000 Unterschriften, was bei Weitem nicht erreicht wurde: Während den zwei Monaten vor der Wahl vom 23. Oktober unterzeichneten nur knapp 5'000 Personen die Kampagne, ein Resultat, das auf die knappen Mittel zur Finanzierung der Werbemassnahmen zurückzuführen sein könnte.

Umso erfreulicher war es daher, dass viele Politikerinnen und Politiker, bereits gewählte oder solche, die sich neu zur Wahl stellten, das Ziel der Kampagne unterstützten, nämlich sich für eine faire Debatte auch über kontroverse Themen einzusetzen und sich gegen Diskriminierungen und Rassismus starkzumachen.

6.4 Kontakte

6.4.1 *Treffen mit den kantonalen Vertretern und den kommunalen und kantonalen Integrationsbeauftragten*

Am Jahrestreffen vom 7. Dezember 2011 mit den kantonalen Vertretern und den kommunalen und kantonalen Integrationsbeauftragten empfahl die EKR den Kantonen, sich für unabhängige und kompetente Beratungszentren für Rassismuskritik einzusetzen, damit auch die in den kantonalen Verwaltungen selbst vorkommenden Diskriminierungsfälle leichter gemeldet werden können.

Die Geschäftsführerin der EKR, Doris Angst, und die Projektleiterin des Beratungsnetzes für Rassismuskritik, Laura Zingale (Humanrights.ch/MERS) stellte an diesem Anlass das Beratungsnetz genauer vor (siehe Punkt 7).

6.4.2 *Internationale Kontakte*

Konferenz in Ankara

Vom 5. bis 7. Januar 2011 führte die Europäische Kommission gegen Rassismus (ECRI) in Ankara eine Tagung über die Sensibilisierung gegen Rassismus und Intoleranz durch. Die Geschäftsführerin der EKR nahm als Experte teil. Eine solche Konferenz war eine Premiere für die Türkei, die zu diesem Zeitpunkt das Präsidium des Europarats innehatte.

Seminar der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)

Das Seminar der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) war dieses Jahr dem Thema «Diskriminierung am Arbeitsplatz» gewidmet. Experten verschiedener nationaler Institutionen zur Bekämpfung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung trafen sich am 26. und 27. Mai 2011 in Strassburg, um rechtliche und praktische Massnahmen zu prüfen, welche Regierungen und Arbeitgeber verpflichten, entsprechende Normen umzusetzen. Beispiele von *good practices* aus verschiedenen Ländern wurden in den Arbeitsgruppen vorgestellt. Die Teilnehmenden stellten fest, dass es viele Herausforderungen anzunehmen gilt, um bei Diskriminierungen effiziente Sanktionen zur Anwendung zu bringen. Die EKR stellte einmal mehr fest, dass die Schweiz beim Schutz vor Diskriminierung eine solidere rechtliche Grundlage braucht.

Besuch der Vertreter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Vom 7. bis 9. November 2011 besuchten die drei Toleranzbeauftragten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die Schweiz, um sich ein Bild über die Bemühungen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber religiösen Minderheiten zu machen. Im Rahmen ihres Besuchsprogramms organisierte die EKR zusammen mit dem Haus der Religionen und der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen ein Treffen zwischen den Vertretern der OSZE und Vertretern religiöser Minderheiten.

7 Beratung Privater

Die EKR hat 2011 in über sechzig Konfliktfällen beraten. Wie in den früheren Jahren betrafen die der EKR gemeldeten Fälle wiederum verschiedene Lebensbereiche. Meldungen über diskriminierende Inserate oder Äusserungen im Rahmen der Wahlen 2011 standen dabei nicht im Vordergrund. Die häufigsten Konflikte betrafen die Arbeitswelt. Männer aus muslimischen Ländern wie dem Balkan oder der Türkei sowie dunkelhäutige Männer fühlten sich auf dem Arbeitsmarkt besonders diskriminiert.

Sowohl höher als auch tiefer qualifizierte Personen richteten sich an die EKR, was deutlich macht, dass die von Rassismus betroffenen Personen aus einem breiten soziokulturellen Spektrum stammen. Relativ häufig gab es 2011 Meldungen über verweigerte Dienstleistungen. Das Problem der Zutrittsverweigerung zu Nachtclubs bleibt aktuell. Im Vergleich zu früheren Jahren betraf 2011 ein beträchtlicher Teil der Meldungen Gerichtsurteile, die als diskriminierend empfunden wurden. Dabei ging es nicht bloss um die Antirassismus-Strafnorm, sondern auch um viele privatrechtliche Entscheide. Die EKR könnte dies allenfalls zum Anlass nehmen, mit Gerichtsbehörden das Gespräch über Sensibilisierungsmassnahmen zu suchen.

7.1 Beratungsnetz für Rassismuskopfer

Das Beratungsnetz für Rassismuskopfer wurde 2006 als gemeinsames Projekt der EKR und Humanrights.ch. gegründet. Es soll einerseits die Professionalisierung der Beratung im Rahmen der Rassismuskämpfung fördern, und andererseits mit einem jährlichen Monitoring der konkreten Fälle die Öffentlichkeit sensibilisieren. Das Beratungsnetz umfasst eine wachsende Zahl von Beratungsdiensten, die alle behandelten Fälle in eine Datenbank eingeben und ihr Know-how austauschen. Der zweite Bericht des Beratungsnetzes für Rassismuskopfer «Rassismuskopferfälle in der Beratungspraxis, Januar – Dezember 2010» wurde

im Juni 2011 publiziert. Er zeigt, dass die im Rahmen dieser Beratungen behandelten Fälle Personen unterschiedlichster Herkunft betrafen, sowohl Schweizerinnen und Schweizer als auch Zuwanderer. Die Fälle von Rassismus gegen Schwarze und gegen Muslime nahmen im Vergleich zum Vorjahr zu. Die Verursacher von Diskriminierung befanden sich häufig in sozioökonomisch dominanter Position und missbrauchten diese direkt oder indirekt gegenüber den meist männlichen Opfern, die insbesondere im öffentlichen Raum rassistischen Handlungen ausgesetzt waren, bei der Arbeit oder im Kontakt mit der Polizei. Rassismus manifestierte sich in den meisten Fällen in Form herabwürdigender, verletzender oder beleidigender Äusserungen. Es ist davon auszugehen, dass es sehr viel mehr rassistische Vorfälle gibt, die verborgen bleiben und nicht öffentlich gemacht werden.

Um die Arbeit der Beratungsstellen zu verbessern, hat das Beratungsnetz eine auf ihren Erfahrungen beruhende Analyse aufgestellt, um Qualitätsstandards zu definieren, die den künftigen Beratungsdiensten als Empfehlungen dienen sollen.

Ende 2011 umfasste das Beratungsnetz elf Organisationen.

Bericht 2010 zu Rassismuvorfällen in der Beratungspraxis :

<http://www.ekr.admin.ch/dokumentation/00139/index.html?lang=fr>

Schwerpunkte 2012

Publikationen

- ▶ TANGRAM Nr. 29 zum Thema rassistische Diskriminierung in der Arbeitswelt
- ▶ TANGRAM Nr. 30 zu Jenischen, Sinti, Roma
- ▶ Publikation der Studie über Diskriminierung Hochqualifizierter mit Migrationshintergrund auf dem Schweizer Arbeitsmarkt (*Joint venture* mit dem Institut für Soziologie der Universität Basel)
- ▶ Bericht des Beratungsnetzes für Rassismuspfer «Rassismuvorfälle in der Beratungspraxis 2011»

Kommunikation und Website

- ▶ Veröffentlichung einer unabhängigen Webseite für das Projekt «Manifest der vielfältigen Schweiz» [unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Kommission]
- ▶ Publikation der Entscheide von 2010 und 2011 in der Urteilssammlung zu Artikel 261^{bis} des Schweizerischen Strafbuches sowie ausgewählter Entscheide internationaler Gerichte
- ▶ Politische Agenda
- ▶ Konzeptionierung und Umsetzung einer neuen Kommunikationsstrategie

Sensibilisierung

- ▶ Intensivierung der Kontakte mit Politikerinnen und Politikern und Vertretern der Bundesverwaltung
- ▶ Jahrestreffen mit den kantonalen Vertretern und den kommunalen und kantonalen Integrationsbeauftragten
- ▶ Unterstützung der Kantone bei der Umsetzung der kantonalen Massnahmen zum Schutz vor Diskriminierung
- ▶ Regionale Verankerung des Projekts «Manifest der vielfältigen Schweiz» [unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Kommission]
- ▶ Beteiligung an verschiedenen Veranstaltungen im Rahmen des Internationalen Tages gegen Rassismus vom 21. März 2012
- ▶ Empfehlungen gegen die Diskriminierung von Jenischen und Fahrenden, in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS
- ▶ Empfehlungen zur Verbesserung der Schulbildung und deren Rahmenbedingungen für die Kinder von Fahrenden

Nationales/Internationales

- ▶ Beteiligung der EKR am Reporting der Schweiz im Rahmen des CERD (UN-Komitee für die Beseitigung der Rassendiskriminierung)
- ▶ Jahrestreffen mit Nichtregierungsorganisationen betreffend CERD-Bericht der Schweiz
- ▶ Teilnahme der ERK im Rahmen des Reportings der Schweiz zu UPR (Universal Periodic Review/Universelle Periodische Überprüfung der UNO)